



## Libyen vor Neubeginn?

Saif al-Islam Gaddafi wird als Integrationsfigur gehandelt. Seite 8

Foto: dpa/Sabri Elmhedwi

## Buntes Spektakel

Beatende Pet Shop Boys feierten in Berlin das Leben. Seite 15

## Berlin Digital

Start der Sommerserie über den Wandel der Hauptstadt. Seite 11

Foto[M]: iStock/bluejayphoto



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 3. Juli 2017

72. Jahrgang/Nr. 152

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

### STANDPUNKT

## Sozialmaskerade

Uwe Kalbe über die Sozialdemokratisierung der Union

Nun wirft also auch die Union ihren Hut als Sozialpartei in den Ring. Steuersenkung und Wohnungsbauförderung sind die unionseigenen Duftmarken im Wettstreit der Großherzigkeit zur Bundestagswahl. Sogar ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter soll im Programm enthalten sein. Auch im Ziel der Vollbeschäftigung bis 2025 könnten knöcherne Konservative zähneknirschend den so gern kritisierten Trend einer Sozialdemokratisierung der Union vermuten. Doch leider ist die Vollbeschäftigung kein ehrgeiziges Ziel. Eigentlich ist sie nicht einmal ein Ziel. Denn die Vollbeschäftigung kommt als Folge der demografischen Entwicklung sowieso. Und da, wo sie nicht kommt und nicht kommen wird, wo sie keine Vollbezahlung bedeutet – bei Unqualifizierten, Teilzeitbeschäftigten oder Leiharbeitern – ist es der Union weiterhin egal.

Von wegen Sozialdemokratisierung – es sortiert sich hier, was nicht zusammengehört. Förderung von Wohneigentum ist Ziel der Union, über eine Senkung der Steuern um ein paar Euro kann sich nur freuen, wer auch Steuern zahlt. Die Abgehängten sind kein Thema der Konservativen, auch wenn die den Preis der Politik zahlen, die virtuelle oder auch reale Große Koalitionen im Bundestag in den letzten Jahren veranstalteten. Das zeigt sich auch beim Thema Rente, von der Unionspolitiker bis heute behaupten, dass sie kein Thema ist, weil sie Altersarmut einfach nicht erkennen können. Sie ist im Wahlprogramm der Union – kein Thema.

### UNTEN LINKS

Eine Maß Bier ist eine Mass Bier. Sonst gelten neue Regeln: Berlin hat jetzt nicht mehr nur mehr Brücken als Venedig, sondern zeitweise auch mehr Kanäle. Scheiden lassen dürfen sich jetzt alle. Und das Buchstabenuniversum gebar einen neuen Fixstern: Das große Ess-Zett. »Jeder Buchstabe existiert als Kleinbuchstabe und als Großbuchstabe (Ausnahme ß)« – diese in Duden gemeißelte Regel ist obsolet. Das bringt neue Stirnfurchen für die schreibende Zunft: Wo ist bloß dieser Zwitter aus ß und B auf der Tastatur? Das Fragezeichen ist Antwort und lässt doch ratlos zurück. Anderes wird dagegen klarer: IN MASSEN GENOSSEN deutet nun zweifellos auf Völlerei – oder doch auf große Beteiligung an Parteitagen? Diese müssen künftig ohne Ketschup und Majonäse auf den Pommes auskommen. Beide werden ab jetzt nicht nur von Ärzten, sondern auch von Lehrern gebrandmarkt. Gesund waren sowohl Schreibweisen als auch Inhalt nie – weder in Massen noch in Massen. Besser Maas halten. stf

## Madrid ist nicht überall

WorldPride-Parade in Spanien, »Ehe für alle« bekommt in Berlin rechten Gegenwind



»Egal wen du liebst, Madrid liebt dich.« – Losung der WorldPride-Parade in Madrid

Foto: ddp/Jose L. Cuesta

Berlin. Die erzreaktionäre katholische Kirche in Spanien sieht es mit Grausen: Würde bei der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe 2005 noch auf den Straßen protestiert, gilt Spanien heute als eines der offensten Länder gegenüber Homosexuellen. Unter dem Motto »Es lebe das Leben« demonstrierten Hunderttausende Menschen in Madrid am Samstag für die Rechte von Schwulen, Lesben und Transgender. Die fröhliche WorldPride-Parade mit ihren Drag-Queens und 52 Paradewagen dauerte bis in die Nacht. Besonderen Applaus erhielt der Wagen mit homosexuellen Polizisten und Feuerwehrleu-

ten. Erstmals beteiligten sich alle wichtigen Parteien und deren Vertreter, darunter Pablo Iglesias von der linken Podemos-Partei und Albert Rivera von der Mitte-rechts-Bewegung Ciudadanos. Bürgermeisterin Manuela Carmena gab als Gastgeberin die Losung aus: »Egal wen du liebst, Madrid liebt dich.« Sie erinnerte an Verfolgte in anderen Ländern. So in der Türkei: Dort verboten die Behörden eine für Sonntag geplante Kundgebung von Transsexuellen auf dem Istanbuler Taksim-Platz – angeblich wegen Formfehlern bei der Anmeldung. Die Organisatoren kündigten an, trotz Verbots auf die Straße zu gehen.

In Deutschland ebbt die Debatte nach dem Bundestagsbeschluss über die »Ehe für alle« nicht ab. Die AfD prüfe eine Verfassungsklage, teilte ihr Spitzenkandidat Alexander Gauland mit und sprach von »Wertebeliebigkeit«. Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) räumte einer Klage Erfolgchancen ein. Aus seiner Sicht hätte eine Verfassungsänderung vorausgehen müssen. Die LINKE warf ihm vor, die Verfassung erst herauszuholen, wenn sie für Verbote und Einschränkungen zu nutzen sei. Bei Überwachungsgesetzen sei sie ihm dagegen lästig, meinte der Innenpolitiker Jan Korte. nd Seite 18

## Union zieht die Spendierhosen an

Wahlprogramm der CDU/CSU spart umstrittene Höchstgrenze für Flüchtlinge aus

Die Union stellt ihr Wahlprogramm zur Bundestagswahl vor. Auch die Konservativen versuchen, ihre Wähler mit sozialen Wohltaten zu überzeugen.

Von Uwe Kalbe

Wenigstens in Teilen ist die Union im Begriff, die Vorwürfe von SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz zu entkräften. Die angebliche Verweigerung gegenüber politischen Herausforderungen und der damit verbundene »Anschlag auf die Demokratie« finden ihr Ende im Wahlprogramm, das die Unionsspitzen von CDU und CSU am Sonntagabend abschließend besprachen. An diesem Montag soll es von den Vorständen beider Parteien beschlossen und anschließend der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Jedoch, wie in der Kommunikationsgesellschaft üblich, wurden Teile des Programms bereits bekannt. Darin verkündet die Union

nummehr sogar das Ziel der Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenquote von derzeit knapp 2,5 Millionen (nach offizieller Zählung) soll halbiert und damit die Arbeitslosenquote von derzeit 5,5 auf unter drei Prozent gedrückt werden. Eine solche Quote wird nach gängiger Definition als Vollbeschäftigung gewertet. Dieses politische Ziel, das bis 2025 erreicht werden soll, wäre vor Jahren in einem CDU/CSU-Wahlprogramm noch undenkbar gewesen, kann inzwischen aber als absehbare Entwicklung der Arbeitswelt unter den Bedingungen zunehmenden Arbeitskräftemangels betrachtet werden.

Überdies verspricht die Union demnach wie bereits angekündigt 15 Milliarden Euro an Steuerentlastungen. Wie dies im Detail aussehen soll, um vor allem Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen zu erreichen, blieb vorerst unklar. Der Solidaritätszuschlag soll zwischen 2020 und 2030 ab-

geschafft werden. Über die 15 Milliarden hinaus will die Union die Häuslebauer unter den jungen Familien unterstützen – durch ein sogenanntes Bausparkindergeld. Wer eine Immobilie kauft, bekäme pro Kind und Jahr 1200

»So einfach verklappt die Union ihre Probleme.«

SPD-Generalsekretär Hubertus Heil

Euro Zuschuss über zehn Jahre. Zudem ist ein Freibetrag für Familien bei der Grunderwerbsteuer geplant. 1,5 Millionen neue Wohnungen, so hofft die Union, könnten auf diese Weise entstehen. Mit der Erhebung des Spitzensteuersatzes (42 Prozent) erst ab 60 000 Euro Jahreseinkommen statt wie bisher 54 000 sol-

len auch Besserverdiener einen ordentlichen Teil des sozialen Segens abbekommen.

Mehr Investitionen in Sicherheit, darunter 15 000 neue Polizistenstellen, in digitale Entwicklung sowie die Forschung gegen Krebs, Alzheimer und Demenz sind ebenfalls im Programm enthalten. Der unveränderte Dissens von CDU und CSU über eine festgeschriebene Höchstgrenze für Flüchtlinge bleibt bestehen und wird im Programm ausgespart. Die CSU verabschiedet einen Bayernplan mit eigenen Vorhaben, in dem die Höchstgrenze vermerkt werden soll. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil spöttelte am Wochenende in der »Neuen Osnabrücker Zeitung« darüber mit den Worten: »So einfach verklappt die Union ihre Probleme.« Die Einigkeit der Parteispitzen sei »nur gespielt«. Bei der Union wisse man nicht, ob CDU-Chefin Angela Merkel oder ihr CSU-Kollege Horst Seehofer das Sagen hat«. Mit Agenturen

## Das ist der Gipfel

Tausende machen Protestwelle +++ Streit um Camp+++ Polizisten ziehen um+++ Kritik an hohen Auflagen+++

### Tausende reiten Protestwelle

Mehrere tausend Menschen haben sich am Sonntag in Hamburg trotz zeitweisem »Schietwetters« zu einer ersten großen Demonstration unter dem Motto »G20 Protestwelle« versammelt. Bei der von Gewerkschaften, Umwelt-, Landwirtschafts- und Bürgerrechtsorganisationen durchgeführten Veranstaltung forderten sie unter anderem mehr Engagement für den Klimaschutz und einen gerechteren Welthandel. Die Strecke verlief vom Rathausmarkt durch die Innenstadt. Nach Polizeiangaben kamen etwa 10 000 Demonstranten, die Veranstalter sprachen von 18 000. Rund 130 Boote durchquerten als Teil des Protestes zudem die Alster, auch ein Bannermeer sorgte für Aufmerksamkeit. Laut einem Polizeisprecher sei alles friedlich verlaufen. Lediglich auf dem Wasser zeigte sich ein schwarzer Würfel, der mit »Black Block« beschriftet war. Dieser hatte bis zum Redaktionsschluss niemandem etwas getan.

### Folgen Sie uns!

Aktuelle Infos rund um die G20-Proteste? Gibt es @ndaktuell direkt aufs Handy! dasND.de/g20bot



### Streit um antikapitalistisches Camp

Die Hamburger Polizei hat am Sonntag trotz eines anderslautenden Urteils des Hamburger Verwaltungsgerichts den Aufbau des »antikapitalistischen Camps« im Elbpark Entenwerder behindert. In der Nacht zuvor genehmigte das Gericht zunächst das Zeltlager, in dem die Gegner des G20-Gipfels auch übernachten dürfen. Als die Aktivisten am Mittag mit dem Aufbau beginnen wollten, verhängte die Polizei jedoch Auflagen: Sie erklärte, dass das Camp nur auf einem Viertel der beantragten Fläche stattfinden und zudem ohne Schlafplätze auskommen müsse. Die Camporganisatoren teilten mit, auf das »Angebot« nicht einzugehen. Vor Polizeireihen wurden demonstrativ erste Zelte aufgestellt und eine Kundgebung angemeldet. Für den Abend hatte das autonome Zentrum »Rote Flora« zu einem Plenum in dem Park aufgerufen.

### Polizisten ziehen in Hotels um

Ein Protest beim G20-Gipfel zeigt bereits Wirkung – jedoch von anderer Seite als vermutet: Polizisten aus Rheinland-Pfalz sind nach Kritik an ihren Container-Unterkünften nach Bispingen in der Lüneburger Heide verlegt worden. Die Beamten hatten sich beschwert, dass es in die Container in Bad Segeberg hineinregnete. Außerdem habe es verschlossene Duschen gegeben, zu lange Wege zum Essen, Toilettenpapier habe gefehlt. Deswegen seien sie nun anders untergebracht worden, bestätigte eine Sprecherin der Polizei am Samstag. Laut Agenturen wurden sie in Hotels untergebracht. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Matthias Lammert, erklärte: »Solche Zustände sind keinem zumutbar.« In der Containersiedlung waren bis vor kurzem Geflüchtete untergebracht.

### LINKE: Kritik an hohen Auflagen

Der LINKE-Politiker Jan van Aken hat scharfe Kritik an den hohen Auflagen für Demonstrationen beim G20-Gipfel geübt. »Ich habe nicht mit einem solchen Widerstand seitens der Behörden gerechnet«, sagte van Aken dem Evangelischen Pressedienst. Er sprach von einem »schweren Schlag gegen das Versammlung- und Demonstrationsrecht«. Die Furcht vor Ausschreitungen hält van Aken für übertrieben. Die Gewaltdebatte sei »hochgeschrieben« worden, erklärte er. Der Politiker appellierte an die Polizei, viel stärker das Gespräch mit den Organisatoren von Protesten zu suchen. »Wir wollen eine fröhlich, bunte und laute Demo«, sagte van Aken. Der Bundestagsabgeordnete ist einer der Organisatoren der Großdemonstration »Grenzenlose Solidarität statt G20« am 8. Juli in Hamburg. nd/Agenturen Seiten 2, 3 und 4

ISSN 0323-3375

